

Demokratie Monitor 2023

Fokusbericht

Martina Zandonella

Wien, 2024

Inhaltsverzeichnis

Daten zur Untersuchung	3
Einleitung.....	4
1 Datengrundlage und Methode	5
3 Rückblick	8
4 Vertrauen in das politische System	10
5 Verliert die Demokratie selbst an Legitimität?	19
6 Zusammenfassung	27
Literatur.....	30
Tabellenverzeichnis	33
Abbildungsverzeichnis	34
Anhang	35

Daten zur Untersuchung

Thema	Demokratie Monitor 2023
Autorin	Martina Zandonella
Grundgesamtheit	in Österreich lebende Menschen ab dem 16. Lebensjahr
Stichprobenumfang	n=2.081 Befragte
Art der Befragung	Telefon (CATI ¹)- und Online (CAWI ²)-Interviews
Stichprobendesign	CATI: Zufallsauswahl aus dem öffentlichen Telefonbuch und per RLD ³ -Verfahren generierter Telefonnummern CAWI: Zufallsauswahl aus dem offline rekrutierten Access-Panel
Befragungszeitraum	30. September bis 12. Oktober 2023
Feldarbeit	Jaksch & Partner GmbH, Linz

Der Demokratie Monitor wird mit Unterstützung folgender Institutionen finanziert:

communication matters GmbH <https://communicationmatters.at/>

Grüne Bildungswerkstatt <https://www.gbw.at/>

GW Cosmetics GmbH <https://gwc cosmetics.at/>

Karl-Renner-Institut <https://renner-institut.at/>

Merkur Taxaid GmbH <https://www.taxaid.at/>

NEOS Lab <https://lab.neos.eu/>

ÖGB Österreichischer Gewerkschaftsbund <https://www.oegb.at/>

Österreichisches Parlament <https://www.parlament.gv.at/>

ORF Österreichischer Rundfunk <https://der.orf.at/index.html>

Österreichischer Städtebund <https://www.staedtebund.gv.at/>

Stadt Wien – MA 20 <https://www.wien.gv.at/>

Wiener Zeitung <https://www.wienerzeitung.at/>

Zukunftsfonds der Republik Österreich <http://www.zukunftsfonds-austria.at/>

¹ Computer Assisted Telephone Interviews

² Computer Assisted Web Interviews

³ Random Last Digit (zufällige letzte Ziffer)

Einleitung

2024 finden in mehr als 50 Ländern Wahlen statt – rund vier Milliarden Menschen und damit die Hälfte der Erdbevölkerung kann dabei ihre Stimme abgeben. Viele dieser Wahlen werden jedoch weder frei noch fair sein, denn derzeit leben nur 29% der Menschen in liberalen oder elektoralen Demokratien, Tendenz sinkend: Der Anteil jener, die in elektoralen oder geschlossenen Autokratien zuhause sind, ist in den letzten zehn Jahren von 48% auf 71% gestiegen (Nord et al. 2024).

Auch in etablierten Demokratien mehren sich besorgniserregende Entwicklungen. So hat die Unzufriedenheit mit den repräsentativen Institutionen zugenommen und rechtsextreme Parteien und Parteien bzw. Politiker:innen, die einfache Lösungen für komplexe Probleme anbieten, erhalten Zuspruch. Gleichzeitig hat sich bei einigen Bevölkerungsgruppen der Eindruck verfestigt, dass sie ihre Lebensumstände durch Wahlen nicht mehr positiv verändern können. Damit zusammenhängende Analysen über die Krisen der Demokratie füllen inzwischen Regale⁴.

Die Widerstandskraft einer Demokratie hängt dabei von mehreren Faktoren ab, insbesondere dem Zusammenspiel von Legislative, Exekutive und Judikative – also jener drei Instanzen, die die Qualität einer Demokratie grundlegend verantworten. Auch den politischen Parteien kommt eine besondere Verantwortung zu, u.a. entscheiden sie in ihrer Rolle als Gatekeeper, ob antidemokratische Politiker:innen zur Wahl stehen. Auf Seiten der Bürger:innen gewährleisten wiederum geteilte demokratische Haltungen und eine darauf aufbauende aktive Zivilgesellschaft die Resilienz der Demokratie (Merkel & Lührmann 2021).

Der Demokratie Monitor schließt an den letzten Punkt an: Seit 2018 untersucht er einmal pro Jahr, was die Menschen über das politische System in Österreich und die Demokratie im Allgemeinen denken. Datengrundlage ist eine jährliche, repräsentative Bevölkerungsbefragung. Der hier für das Jahr 2023 vorliegende Fokusbericht blickt auf die Entwicklungen der letzten sechs Jahre zurück berichtet die zentralen Ergebnisse der aktuellen Befragung.

⁴ Zuletzt und exemplarisch: Merkel & Kneip 2021, Schäfer & Zürn 2021, Bartels et al. 2023, APuZ 2024, Manow 2024, Przeworski 2024

1 Datengrundlage und Methode

Grundlage des Demokratie Monitors ist eine jährliche, **repräsentative Bevölkerungsbefragung** von Menschen ab 16 Jahren mit Wohnsitz in Österreich. Für den aktuellen Monitor wurden zwischen dem 30. August und dem 12. Oktober 2023 insgesamt 2.081 Menschen interviewt. Die Befragung fand zur Hälfte telefonisch (CATI⁵) und zur Hälfte online (CAWI⁶) statt, die durchschnittliche Dauer der Interviews betrug 16 Minuten.

Der für den ersten Demokratie Monitor entwickelte und in den folgenden Jahren immer wieder adaptierte **Fragebogen** wurde dieses Jahr erneut an aktuelle Gegebenheiten angepasst. In seinen zentralen Abschnitten wurde er jedoch nicht verändert, um weiterhin standardisiert Veränderungen über die Zeit beobachten zu können. Der Fragebogen 2023 beinhaltet folgende Kernelemente:

- Einstellungen zur Demokratie und zu anderen Herrschaftsformen
- Zufriedenheit mit dem politischen System in Österreich und Vertrauen in Institutionen
- Politische und zivilgesellschaftliche Partizipation
- Demokratiepologisch relevante Einstellungen im aktuellen Kontext
- soziodemografische Merkmale

Die **Grundgesamtheit** des Demokratie Monitors 2023 umfasst Menschen ab 16 Jahren mit Wohnsitz in Österreich. Mit Blick auf das **Sampling** erfolgte die Ziehung der CATI-Stichprobe per Zufall aus dem öffentlichen Telefonbuch und mittels RLD⁷-Verfahren generierter Telefonnummern. Die CAWI-Stichprobe wurde aus dem zur Gewährleistung der Repräsentativität offline rekrutierten (Cornesse et al. 2020, Bandilla 2015) Access-Panel gezogen.

Nach Abschluss der Erhebung wurde der Rohdatensatz einer **Qualitätsprüfung** unterzogen: Mittels Konsistenz- und Plausibilitätstests wurde kontrolliert, ob die Antworten der Befragten in sich stimmig sind und ob Antwortmuster auftreten, die eine ernsthafte Fragebeantwortung ausschließen. Die Analyse der fehlenden Werte identifizierte wiederum Fragen mit einem hohen Anteil an „weiß nicht“ und „keine Angabe“ (Item-Nonresponse) sowie

⁵ Computer Assisted Telephone Interview

⁶ Computer Assisted Web Interview

⁷ Random Last Digit (zufällige letzte Nummer)

Befragte mit auffallend vielen nicht beantworteten Fragen (Unit-Non-response).

Die unterschiedliche Teilnahmebereitschaft verschiedener Bevölkerungsgruppen (Schräpler 2000) wurde innerhalb des eng gesteckten Rahmens guter wissenschaftlicher Praxis (Ganzeboom 2020) mittels **Gewichtung** ausgeglichen. Dabei werden relevante Merkmale der Stichprobe an die Verteilung der Grundgesamtheit angepasst, im vorliegenden Fall: Geschlecht, Alter, formale Bildung, Erwerbsstatus, Region und Stadt/Land.

Zwei abschließende Hinweis:

Bei der Interpretation von Unterschieden zwischen Gruppen sind Schwankungsbreiten zu berücksichtigen. Diese geben mit Bezug auf die Größe der Stichprobe (und mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5%) jenen Bereich an, innerhalb dessen der „wahre“ Prozentwert in der Grundgesamtheit liegt. Befinden sich die beiden zu vergleichenden Prozentwerte innerhalb der ermittelten Schwankungsbreite, ist der Unterschied nicht signifikant. Als Richtwert kann bei $n=2.081$ die maximale Schwankungsbreite von $\pm 2,1\%$ herangezogen werden (Bortz & Schuster 2016). Sämtliche der im Folgenden dargestellten Unterschiede zwischen Gruppen wurden auf statistische Signifikanz geprüft.

Geringfügige Abweichungen von Sollwerten (z.B. 99% statt 100%) in den Abbildungen und Tabellen entstehen durch Rundungen.

Abbildung 1: Datengrundlagen Demokratie Monitor

	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Grundgesamtheit	in Österreich lebende Menschen ab 16 Jahren					
Art der Befragung	Telefon (CATI ¹)- und Online (CAWI ²)- Interviews					
Stichprobenziehung	CATI: Zufallsstichprobe aus dem öffentlichen Telefonbuch & RLD ³ -generierte Telefonnummern CAWI: Ziehung aus dem offline rekrutierten Access-Panel					
Stichprobe	2.158 Befragte	2.185 Befragte	2.188 Befragte	2.003 Befragte	2.164 Befragte	2.081 Befragte
Gewichtung	Geschlecht, Alter, formale Bildung, Erwerbsstatus, Region, Stadt / Land					
max. Schwankungsbreite	+/- 2,1%	+/- 2,1%	+/- 2,1%	+/- 2,2%	+/- 2,1%	+/- 2,1%
Befragungszeitraum	16.08. bis 02.10.	12.08. bis 30.09.	17.08. bis 10.10.	13.08. bis 06.10.	07.09. bis 21.10.	30.08. bis 12.10.
Feldarbeit	Jaksch Research GmbH, Linz					

*Computer Assisted Telephone Interview

**Computer Assisted Web Interview

***Random Last Digit (zufällige letzte Nummer)

***Bereich um den Stichprobenwert, innerhalb dessen der tatsächliche Wert in der Grundgesamtheit mit 95% Wahrscheinlichkeit liegt.

3 Rückblick

In den sechs Jahren seines Bestehens hat der Monitor turbulente Zeiten begleitet, die auch an der Demokratie nicht spurlos vorüber gegangen sind: Rückblickend hat der erste Demokratie Monitor im vergleichsweise ereignislosen Jahr 2018 Richtwerte geliefert, anhand derer Veränderungen gut nachvollzogen werden können. Vor sechs Jahren wurde festgehalten, dass die Demokratie als bevorzugte Herrschaftsform in den Köpfen der Menschen gut verankert ist. Auch das Vertrauen in die aktuelle Ausgestaltung von Demokratie war weit verbreitet: Für zwei Drittel funktionierte das politische System in Österreich gut. Der Demokratie Monitor 2018 verwies jedoch auch auf zwei Warnsignale: Erstens äußerte ein Drittel der Menschen Ansätze von illiberalen Demokratievorstellungen – Einschränkungen der Oppositionsrechte oder der Unabhängigkeit von Justiz oder Medien sind für sie unter Umständen vorstellbar. Zweitens ging ökonomische Unsicherheit mit einem geringeren Systemvertrauen und einer geringeren politischen Beteiligung einher – Anzeichen für eine Zweidrittel-Demokratie (Petring & Merkel 2011), in der das untere Drittel langsam aus dem politischen Prozess ausscheidet.

Im Jahr 2019 stellten Ibiza und die daran anschließende Regierungskrise das Systemvertrauen auf die Probe. Der Demokratie Monitor hat gezeigt: Die grundlegende Haltung der Menschen hat sich nicht geändert – nach wie vor waren beinahe 90% von der Demokratie als bester Staatsform überzeugt. In Mitleidenschaft gezogen wurde jedoch das Vertrauen in die aktuelle Funktionsfähigkeit des politischen Systems. Gleichzeitig ist das Vertrauen in den Bundespräsidenten, dem bei Regierungskrisen eine bedeutende Rolle zukommt, gestiegen – der Vertrauensverlust infolge von Ibiza konnte damit weitgehend innerhalb des demokratischen Systems aufgefangen werden.

Das Jahr 2020 brachte die Corona-Pandemie und Lebensrealitäten haben sich von einem Tag auf den anderen in einem zuvor kaum vorstellbaren Maße verändert. Im Demokratie Monitor berichtete jeweils ein Drittel der Menschen, dass sich ihre finanzielle Lage und ihre psychische Gesundheit infolge der Pandemie verschlechtert haben. Von den finanziellen und psychischen Folgen der Pandemie war das untere Einkommensdrittel besonders stark betroffen – bereits bestehende Ungleichheiten haben sich im Verlauf der Pandemie also verstärkt.

Auch an den Haltungen zur Demokratie hinterließ die Pandemie Spuren: Im unteren und mittleren Einkommensdrittel war die Überzeugung von der Demokratie als bester Staatsform im ersten Jahr der Pandemie weniger stark

ausgeprägt als zuvor. Dabei ist die Zustimmung nicht in Ablehnung umgeschlagen, sie hat sich jedoch von „sehr“ auf „ziemlich“ verschoben. Im Gegensatz dazu hat sich das nach „Ibiza“ eingebrochene Vertrauen in die Funktionsfähigkeit des politischen Systems 2020 wieder erholt. Ebenfalls zugenommen hat das Bewusstsein für demokratische Institutionen und Prozesse: Mehr Menschen als in den Jahren zuvor vertrauten dem Parlament und forderten einen Ausbau der Oppositionsrechte.

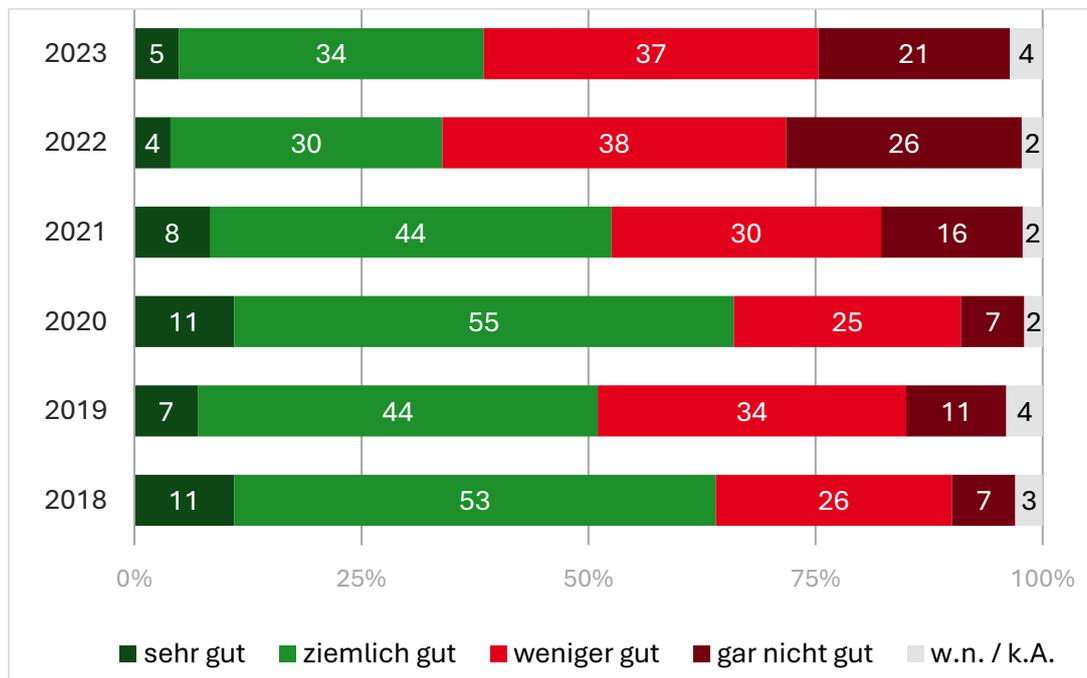
Auch 2021 hatte die Pandemie das Land noch fest im Griff. Hinzu kam die Inzeraten-Affäre, die im Herbst ihren ersten Höhepunkt erreicht hat. Im Demokratie Monitor wurde offensichtlich, dass Korruption dabei nicht nur mit einzelnen Personen oder Parteien verbunden wird – den Schaden derartiger Entgleisungen trägt das gesamte politische System. Daran anschließend ist das Vertrauen in demokratische Institutionen, Akteur:innen und Prozesse auch deutlich gesunken: Nur mehr 41% der Menschen waren 2021 davon überzeugt, dass das politische System in Österreich gut funktioniert. Das Ausmaß an autoritären Einstellungen hat im Jahresvergleich nicht zugenommen. Verfestigt hat sich autoritäres Gedankengut jedoch entlang der Diskussionen um die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie innerhalb jener 6 bis 8% der Bevölkerung, die sich durchgängig gegen die Demokratie aussprechen. Im Allgemeinen ging das gesunkene Vertrauen in das politische System aber mit der Forderung nach einer Stärkung der Demokratie einher: mehr Transparenz und eine neue politische Kultur unter Politiker:innen standen hierbei ganz oben auf der Liste.

Ein Jahr später hatte sich die Pandemielage weitgehend entspannt, mit der Rückkehr des Krieges nach Europa, der hohen Inflation, des sich zuspitzenden Klimawandels und den nicht enden wollenden Korruptionsvorwürfen haben sich die Krisen jedoch multipliziert. Damit einhergehend ist das Vertrauen in das politische System weiter gesunken: Im Demokratie Monitor 2022 dachten nur mehr 34% der Menschen, dass unser politisches System gut funktioniert – 2018 war dieser Wert um 30 Prozentpunkte höher. Der Vertrauensverlust traf dabei in erster Linie demokratisch gewählte Vertretungsorgane wie das Parlament – das politische System war also mit einer Krise der Repräsentation konfrontiert. Die Demokratie selbst hat jedoch nicht an Zustimmung verloren: Erneut dachten jeweils knapp neun von zehn Menschen in Österreich, dass sie die beste Staatsform ist. Hervor stach jedoch, dass die klassische Frage nach dem „starken Führer“ erstmals seit Erhebungsbeginn 2018 nicht mehr mehrheitlich abgelehnt wurde – 2022 stimmten 46% gar nicht zu, ein Jahr zuvor waren es noch 56%.

4 Vertrauen in das politische System

Derzeit denken 39% der Menschen, dass das politische System in Österreich sehr oder ziemlich gut funktioniert. Das sind um fünf Prozentpunkte mehr als im Vorjahr, als mit 34% der bisherige Tiefstwert verzeichnet wurde. Im Jahresvergleich hat sich die Zufriedenheit also etwas verbessert, sie liegt jedoch immer noch deutlich unter dem Ausgangswert von 2018: Im ersten Demokratie Monitor waren knapp zwei Drittel (64%) der Menschen davon überzeugt, dass das politische System in Österreich gut funktioniert (Abbildung 1).

Abbildung 2: Zufriedenheit mit dem politischen System über die Zeit



Frage im Wortlaut: „Alles in allem betrachtet: Funktioniert das politische System in Österreich derzeit sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder gar nicht gut?“

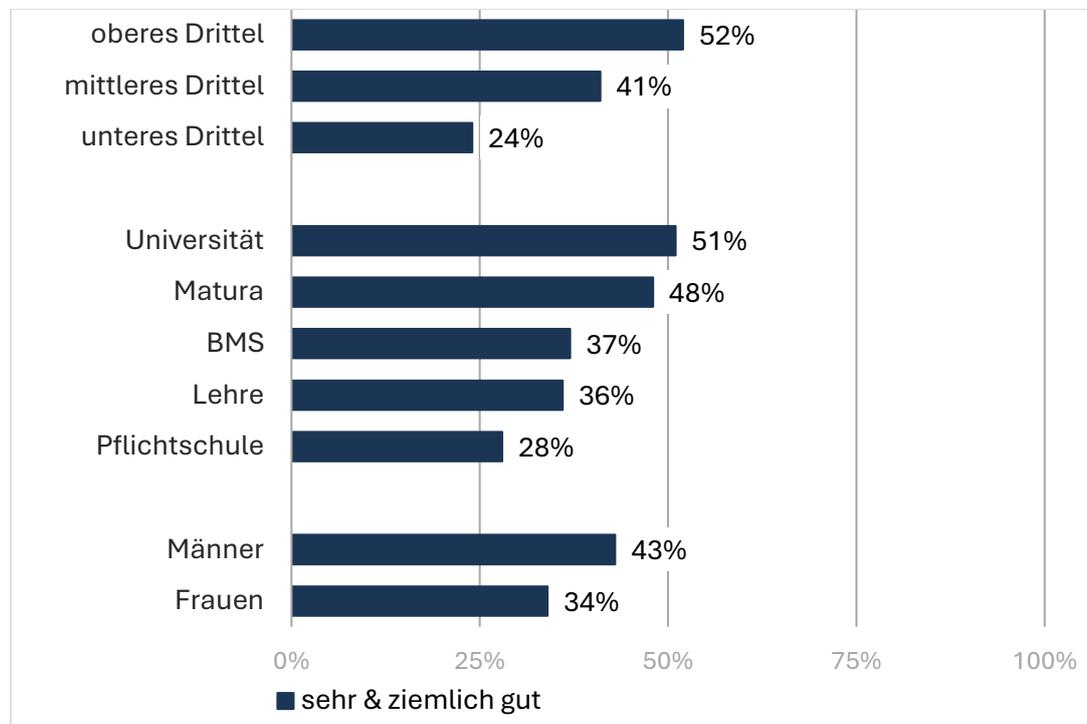
Seit 2018 ist die Zufriedenheit in allen Bevölkerungsgruppen gesunken, sie fällt jedoch nicht überall gleich aus. Unter Berücksichtigung von Geschlecht, Alter, formaler Bildung, Erwerbsstatus, Einkommen, Stadt/Land und der Nähe zu politischen Parteien sticht hervor, dass die Zufriedenheit allen voran mit dem Einkommen steigt:⁸

⁸ Um Gruppenunterschiede festzustellen, wurde ein lineares Regressionsmodell berechnet. Dieses statistische Verfahren modelliert Beziehungen zwischen Variablen und identifiziert jene Merkmale, die für sich genommen signifikante Effekte haben. Dabei wird der Effekt jedes Merkmals um die Effekte der anderen Merkmale im Modell „bereinigt“. Ein z.B. signifikanter Geschlechtsunterschied gilt also unabhängig vom Einkommen, der formalen

So denken 24% der Menschen im unteren Einkommensdrittel, dass das politische System in Österreich gut funktioniert, im mittleren Drittel sind es 41% und im oberen Drittel 52%.⁹ Entlang der formalen Bildung zeigt sich ein ähnliches Bild: Während 28% der Menschen mit Pflichtschul- und 36% jener mit Lehr- bzw. 37% jener mit BMS-Abschluss davon überzeugt sind, dass das politische System gut funktioniert, gilt selbiges für 48% der Menschen mit Matura und für 51% der Menschen mit Universitätsabschluss (Abbildung 3 und Tabelle 1 im Anhang).

Beim Blick auf die anderen soziodemografischen Gruppen sticht auch der Geschlechterunterschied hervor – Männer denken häufiger als Frauen, dass das politische System in Österreich gut funktioniert (43% im Vergleich zu 34%) (Abbildung 3 und Tabelle 1 im Anhang).

Abbildung 3: Unterschiede in der Zufriedenheit mit dem politischen System



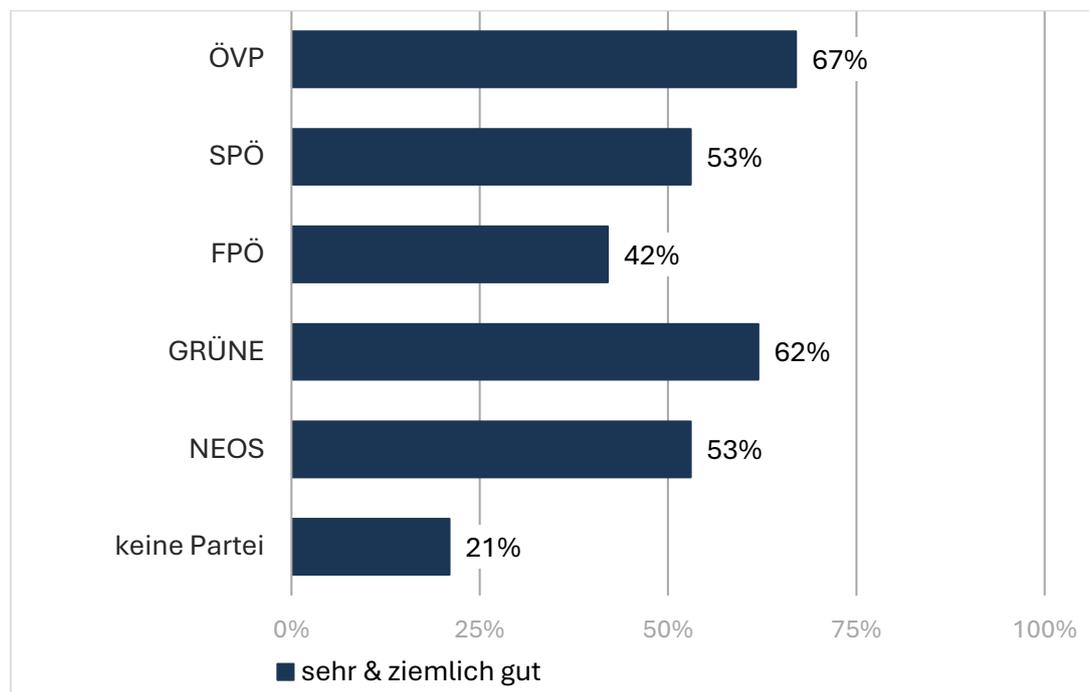
Frage im Wortlaut: „Alles in allem betrachtet: Funktioniert das politische System in Österreich derzeit sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder gar nicht gut?“. Anm.: Drittel=Einkommensdrittel.

Bildung etc. (Backhaus et al 2008). Die statistischen Kennzahlen des vorliegenden Regressionsmodells listet Tabelle 1 im Anhang.

⁹ Die Befragten wurden entlang ihres äquivalisierten Haushaltseinkommens in drei gleich große Gruppen eingeteilt (Einkommensdrittel). Das äquivalisierte Haushaltseinkommen wird berechnet, um verschieden große Haushalte vergleichbar zu machen.

Die Zufriedenheit ist außerdem bei jenen Menschen höher, die ihre politischen Anliegen von den Regierungsparteien vertreten sehen: 67% der ÖVP-Anhänger:innen und 62% der Grün-Anhänger:innen denken, dass das politische System gut funktioniert, unter den Sympathisant:innen der Oppositionsparteien sind es 53% (SPÖ und NEOS) bzw. 42% (FPÖ). Am geringsten fällt die Zufriedenheit bei jenen Menschen aus, die ihre politischen Anliegen derzeit von keiner Partei vertreten sehen – in dieser Gruppe denken derzeit nur 21%, dass das politische System in Österreich gut funktioniert (Abbildung 4 und Tabelle 1 im Anhang).

Abbildung 4: Unterschiede in der Zufriedenheit mit dem politischen System



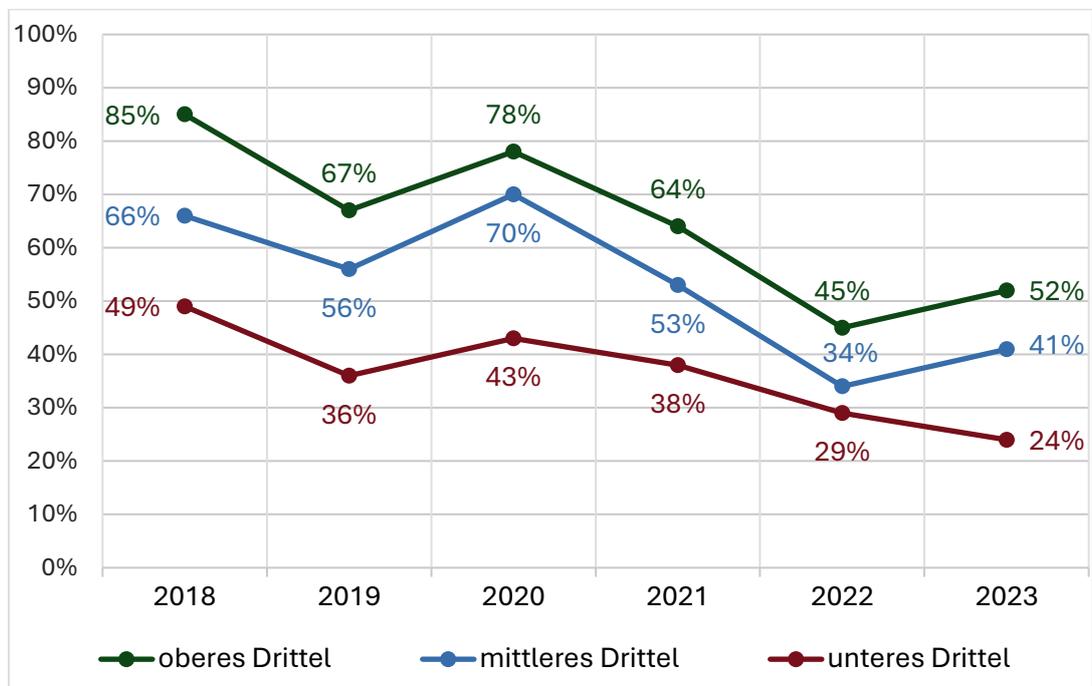
Fragen im Wortlaut: „Alles in allem betrachtet: Funktioniert das politische System in Österreich derzeit sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder gar nicht gut?“ und „Welche politische Partei vertritt ihre Anliegen derzeit am besten?“

Bei Betrachtung des Zeitverlaufs stechen die unterschiedlichen Entwicklungen in den Einkommensdritteln hervor: Im mittleren und oberen Drittel ist die Zufriedenheit mit dem politischen System von 2020 bis 2022 eingebrochen. Mit zunehmender Dauer der Pandemie, den anhaltenden Korruptionsvorwürfen und der steigenden Inflation dachten 2022 nur noch halb so viele Menschen wie 2020, dass das politische System in Österreich gut funktioniert – im oberen Drittel ist die Zufriedenheit von 78% auf 45%, im mittleren Drittel von 70% auf 34%, gefallen. Nun ist eine erste Erholung eingetreten: Aktuell denken 52% der Menschen im oberen und 41% der Menschen im

mittleren Drittel, dass das politische System gut funktioniert – ein Plus von jeweils sieben Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr (Abbildung 5).

Im unteren Drittel fällt die Zufriedenheit dagegen über alle Erhebungsjahre hinweg gering aus und sie schwankt auch weniger entlang aktueller Ereignisse. So war im Demokratie Monitor 2018 jede:r Zweite (49%) davon überzeugt, dass das politische System gut funktioniert, inzwischen ist es nur mehr jede:r Vierte (24%). Hinzu kommt, dass die Zufriedenheit im unteren Drittel seit 2020 kontinuierlich sinkt. Im Gegensatz zum oberen und mittleren Drittel gilt dies auch für die vergangenen zwölf Monate – die aktuelle Zufriedenheit liegt erneut fünf Prozentpunkte unter jener des Vorjahres (Abbildung 5).

Abbildung 5: Zufriedenheit über die Zeit in den Einkommensdritteln



Frage im Wortlaut: „Alles in allem betrachtet: Funktioniert das politische System in Österreich derzeit sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder gar nicht gut?“. Dargestellt: sehr + ziemlich gut.

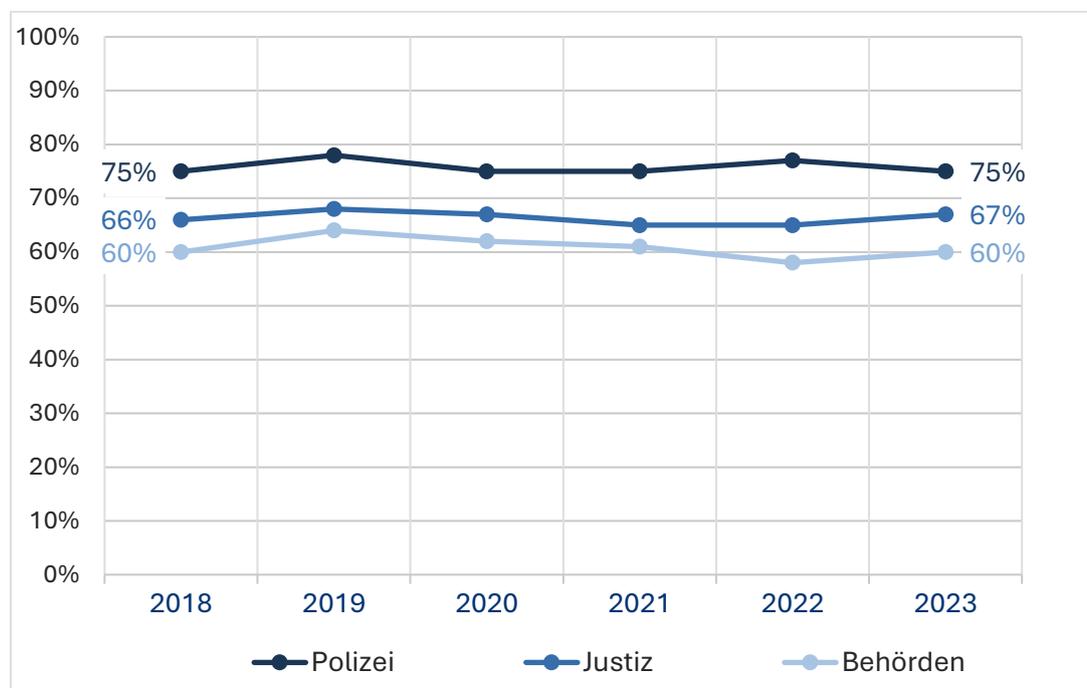
Nicht nur die Zufriedenheit mit dem politischen System, auch das Vertrauen in Institutionen hat in den vergangenen Jahren abgenommen. Dabei fiel bereits im Demokratie Monitor 2022 auf, dass der Vertrauensverlust allen voran jene Institutionen betrifft, denen Bürger:innen die Vertretung ihrer politischen Anliegen übergeben – dazu zählen das Parlament, die Parteien und die Bundesregierung. Im Gegensatz dazu blieb das Vertrauen in das Justizsystem, die Verwaltung und die Polizei über die Jahre hinweg stabil. Letzteres gilt nach wie vor: Derzeit vertrauen der Polizei 75% der Menschen sehr oder

ziemlich, der Justiz 67% und der Verwaltung 60% – das sind ebenso viele wie in den Jahren zuvor (Abbildung 6).

Das Vertrauen in die repräsentativen Institutionen hat sich heuer insgesamt betrachtet stabilisiert, allerdings auf niedrigerem Niveau: Dem Bundespräsidenten vertrauen derzeit 52% sehr oder ziemlich, dem Parlament 39% und der Bundesregierung 32% – jeweils genauso viele wie im Vorjahr (Abbildung 7). Dasselbe gilt für die Parteien: Anschließend an letztes Jahr berichtet auch heuer wieder etwas mehr als jede:r Dritte (36%), keine Partei zu finden, die die eigenen politischen Anliegen vertritt (zum Vergleich: 2018 galt dies für nur 13%).

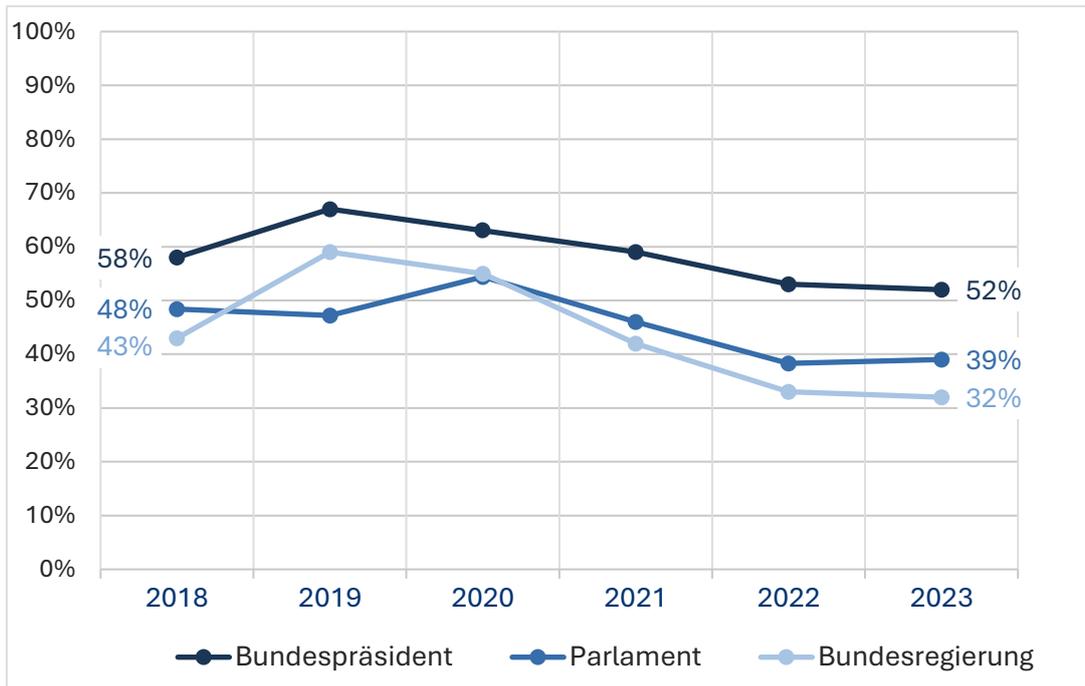
Diese Stabilisierung auf Ebene der Gesamtbevölkerung speist sich jedoch aus zwei einander entgegengesetzten Entwicklungen in den Einkommensdritteln: Während das Vertrauen in die repräsentativen Institutionen der Demokratie im mittleren und oberen Drittel angestiegen ist, ist es im unteren Drittel erneut gesunken. So vertrauen dem Parlament derzeit 41% im mittleren und 55% im oberen Drittel sehr oder ziemlich – ein Plus von 6 bzw. 7 Prozentpunkten im Vergleich zum Vorjahr. Im unteren Drittel liegt das Vertrauen in das Parlament aktuell bei 21% und damit um 6 Prozentpunkte niedriger als vor einem Jahr (Abbildung 8).

Abbildung 6: Institutionenvertrauen Teil 1



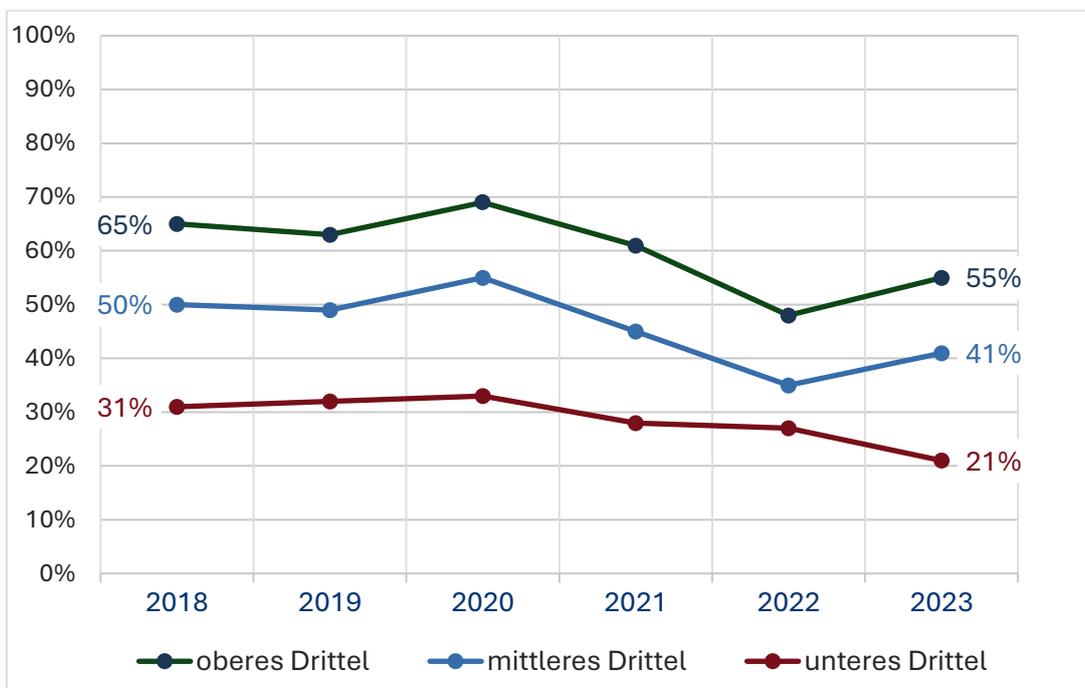
Frage im Wortlaut: „Vertrauen Sie folgenden Institutionen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht?“. Dargestellt: sehr + ziemlich.

Abbildung 7: Institutionenvertrauen Teil 2



Frage im Wortlaut: „Vertrauen Sie folgenden Institutionen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht?“. Dargestellt: sehr + ziemlich.

Abbildung 8: Vertrauen in das Parlament in den Einkommensdritteln



Frage im Wortlaut: „Vertrauen Sie dem Parlament sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht?“. Dargestellt: sehr + ziemlich.

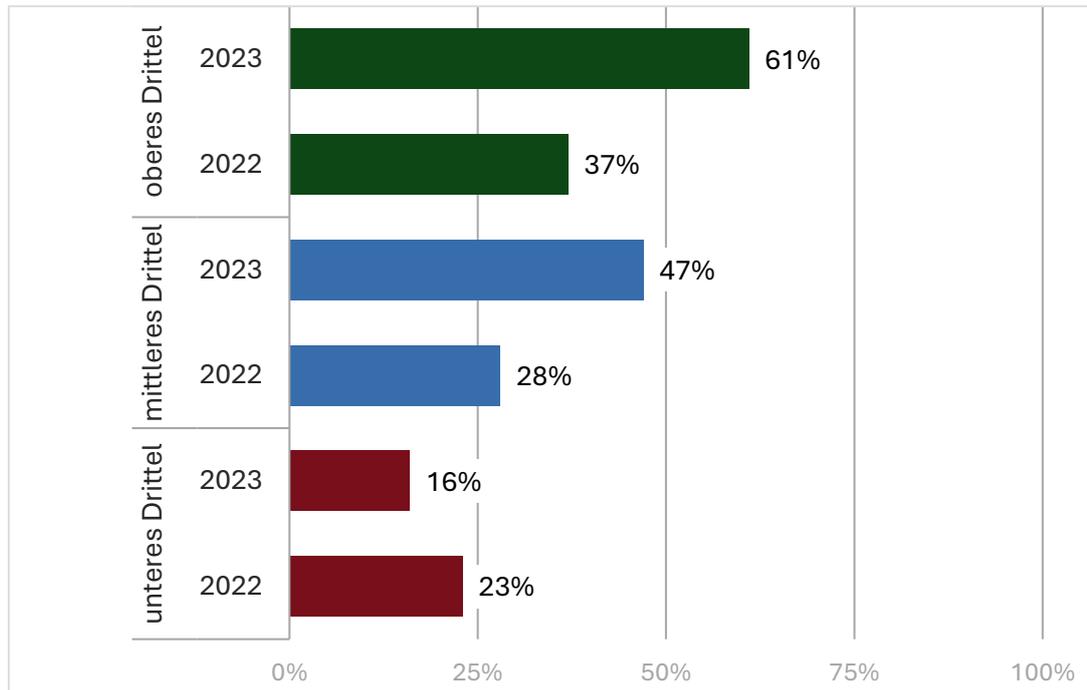
Erklärungsansätze für das nach wie vor geringe Vertrauen sind in Zeiten multipler Krisen vielschichtig und Teil laufender Analysen. Vorliegende Erkenntnisse für Österreich und zahlreiche europäische Staaten mit ähnlichen Entwicklungen verweisen jedoch darauf, dass fehlende Repräsentation, Korruption sowie ökonomische Ungleichheit eine zentrale Rolle spielen:

Finden Bürger:innen ihre politischen Anliegen in den Positionen der Parteien oder in den Entscheidungen der Regierung systematisch nicht wieder, sinkt ihr Systemvertrauen (Torcal & Christmann 2021, Van der Meer & Hakhverdian 2017). Letzteres gilt auch dann, wenn sich in der Bevölkerung der Eindruck verfestigt, dass Politiker:innen das demokratische System zum eigenen Vorteil nutzen (Kolczynska 2020, Della Porta 2000). Dass Korruption das Vertrauen in das politische System untergräbt, hat der Demokratie Monitor auch für Österreich gezeigt: Sowohl 2019 im Zuge von Ibiza als auch 2021 infolge der Hausdurchsuchungen im Umfeld der Kanzlerpartei ist die Überzeugung, dass das politische System gut funktioniert, um jeweils mehr als zehn Prozentpunkte gefallen (Zandonella 2019, 2021).

Ebenfalls mit einem geringeren Vertrauen einher gehen Armut und niedrige Einkommen. Dies liegt zum einen daran, dass das untere Einkommensdrittel häufiger mit der „Herrschaft“ in der Herrschaftsform Demokratie konfrontiert ist: In ihrem Alltag erleben sie das politische System weniger als Garant eines möglichst freien und selbstbestimmten Lebens, denn als disziplinierend und bevormundend (Elsässer et al. 2021, Ehs & Zandonella 2021, Atzmüller 2009, Wacquant 2009). Zum anderen ist die bereits erwähnte Erfahrung von fehlender politischer Repräsentation im unteren Einkommensdrittel – wo wenig finanzielle Ressourcen, niedriger sozialer Status und geringe gesellschaftliche Anerkennung zusammentreffen – am weitesten verbreitet (Zandonella 2022, Elsässer & Schäfer 2017).

Der Zeitverlauf im Demokratie Monitor verweist außerdem darauf, dass fehlende Repräsentation eine kontinuierliche Erfahrung des unteren Drittels ist, während sie im mittleren und im oberen Drittel eher punktuell auftritt. So denken derzeit 61% im oberen und 47% im mittleren Drittel, dass sie im Parlament gut vertreten sind – vor einem Jahr waren es mit 37% bzw. 28% noch deutlich weniger. Im unteren Drittel waren demgegenüber bereits 2018 lediglich 26% davon überzeugt, im Parlament gut vertreten zu sein, letztes Jahr waren es 23% und derzeit sind es nur noch 16% (Abbildung 9). Im Vergleich zum Vorjahr findet der Großteil des oberen (82%) und die Mehrzahl des mittleren Drittels (68%) inzwischen auch wieder eine Partei, die die eigenen politischen Interessen vertritt. Im unteren Drittel gilt dies nach wie vor für nicht einmal die Hälfte der Menschen.

Abbildung 9: Im Parlament gut vertreten



Fragen im Wortlaut: „Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu: Menschen wie ich sind im Parlament gut vertreten.“ Dargestellt: sehr + ziemlich.

Die Folgen dieser Entwicklungen betreffen nicht nur das Systemvertrauen. Im unteren Drittel sind derzeit nur mehr 26% davon überzeugt, mit politischer Beteiligung etwas bewirken zu können und bereits bei der letzten Nationalratswahl haben 41% von ihnen davon berichtet, ihre Stimme nicht abgegeben zu haben. Letzteres galt im Vergleich dazu für 22% der Menschen im mittleren und 17% im oberen Drittel (Zandonella 2019). Eine kleinräumliche Analyse der Wiener Landtags- und Gemeinderatswahl 2020 hat außerdem gezeigt, dass mit jedem 1.000 Euro mehr an durchschnittlichem Jahreseinkommen im Stadtteil die Wahlbeteiligung um einen Prozentpunkt steigt (Ehs & Zandonella 2021). Auch eine 23 OECD-Staaten umfassende Studie kommt zum Schluss, dass die Mehrheit der jeweiligen Nichtwähler:innen den unteren Einkommensgruppen angehört (Schäfer 2015). Ökonomische Ungleichheit untergräbt jedoch nicht nur das Vertrauen, die Selbstwirksamkeit und die Beteiligungsneigung der unteren Einkommensgruppen. Steigt ökonomische Ungleichheit an, sinkt das Systemvertrauen in allen Einkommensgruppen (Ejrnaes et al. 2024, Lipps & Schraff 2021).

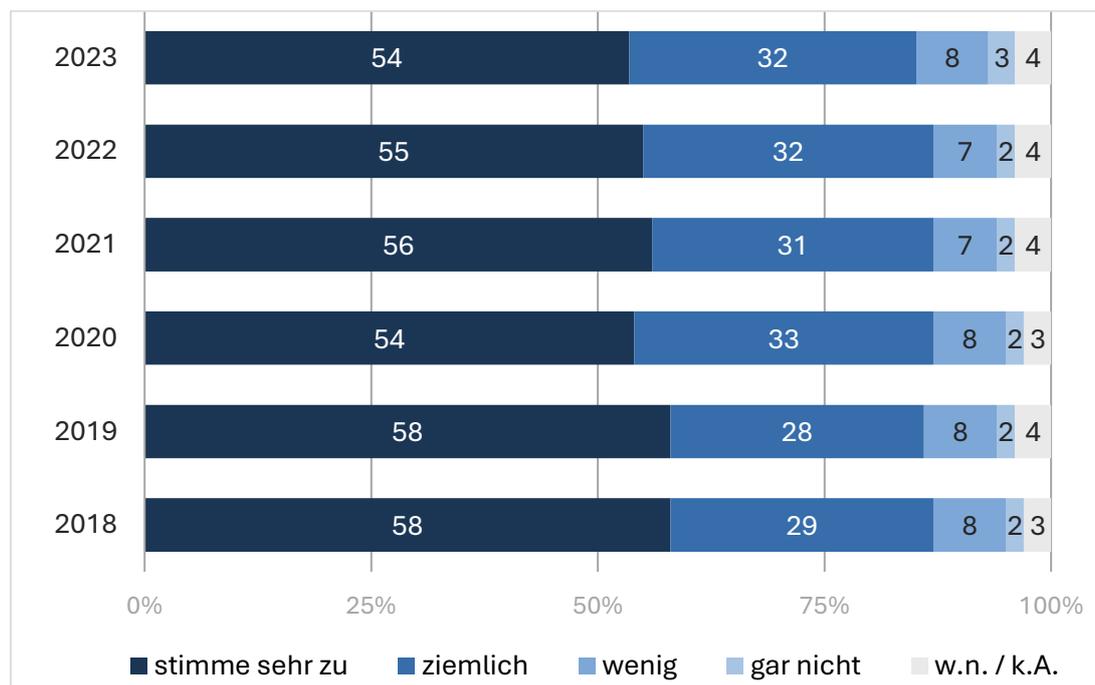
Abschließend werden auch die Finanzkrise von 2008 sowie die COVID-19-Pandemie mit dem gesunkenen Systemvertrauen in Verbindung gebracht. Derart krisenhafte Ereignisse gelten inzwischen jedoch weniger als eine

direkte Ursache des Vertrauensverlustes. Sie sind eher als Katalysatoren zu betrachten, die bestehende Entwicklungen – z.B. zunehmende ökonomische Ungleichheit oder mangelnde politische Repräsentation – verstärken (Foster & Frieden 2017, Mudde 2021).

5 Verliert die Demokratie selbst an Legitimität?

Während die Zufriedenheit mit dem politischen System und das Vertrauen in seine Institutionen deutlichen Schwankungen unterliegen (Kapitel 4), bleibt die grundlegende Haltung der Menschen zur Demokratie über die Jahre hinweg stabil: Derzeit stimmen 86% der Demokratie als bester Staatsform sehr oder ziemlich zu – das sind ebenso viele wie in den Jahren zuvor (Abbildung 10).

Abbildung 10: Demokratie ist beste Staatsform



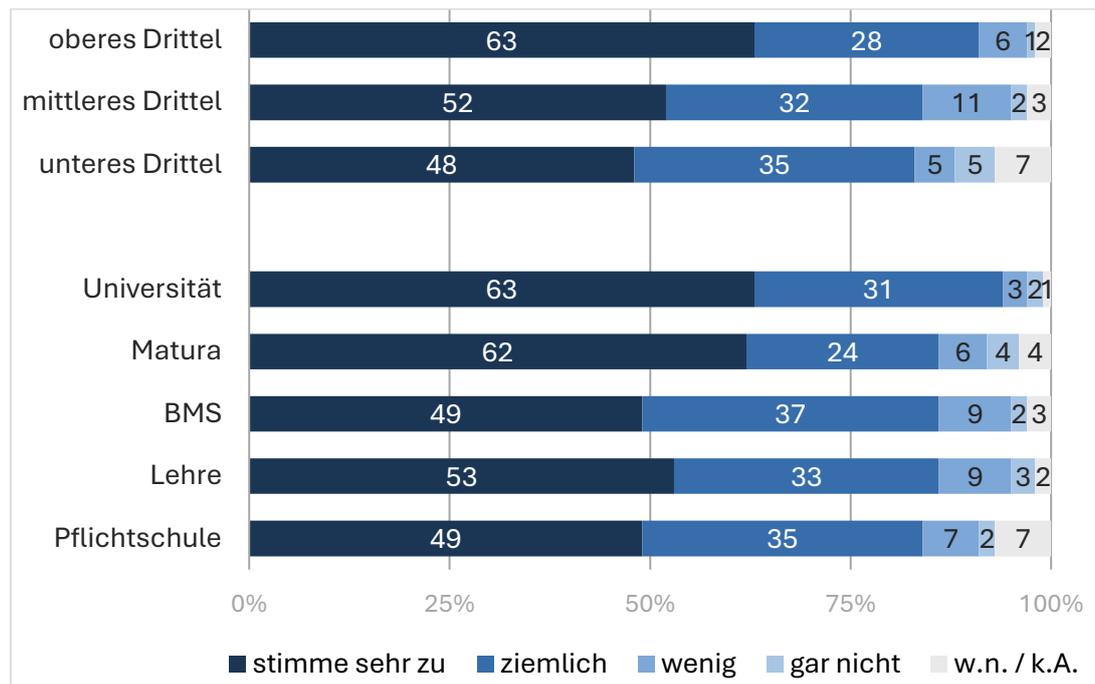
Frage im Wortlaut: „Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu? Die Demokratie ist die beste Staatsform, auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag“.

Unter Berücksichtigung von Geschlecht, Alter, formaler Bildung, Erwerbsstatus, Einkommen und Stadt/Land zeigen sich dahingehende Unterschiede¹⁰ entlang von vertikaler Ungleichheit – also entlang der ungleichen Verteilung von sozioökonomischen Ressourcen (Burzan 2011): Während 83% der

¹⁰ Auch an dieser Stelle wurde ein lineares Regressionsmodell berechnet, um Gruppenunterschiede festzustellen. Dieses statistische Verfahren modelliert Beziehungen zwischen Variablen und identifiziert jene Merkmale, die für sich genommen signifikante Effekte haben. Dabei wird der Effekt jedes Merkmals um die Effekte der anderen Merkmale im Modell „bereinigt“. Ein z.B. signifikanter Geschlechtsunterschied gilt also unabhängig vom Einkommen, der formalen Bildung etc. (Backhaus et al 2008). Die statistischen Kennzahlen des vorliegenden Regressionsmodells listet Tabelle 2 im Anhang.

Menschen im unteren Einkommensdrittel und 84% der Menschen im mittleren Drittel denken, dass die Demokratie die beste Staatsform ist, sind es im oberen Drittel 91%. Mit Blick auf die formale Bildung zeigt sich ein ähnliches Bild: Menschen mit Universitätsabschluss stimmen der Demokratie als bester Staatsform häufiger zu als Menschen mit Matura-, BMS- oder Pflichtschulabschluss (94% sehr oder ziemlich im Vergleich zu 86% bzw. 84%) (Abbildung 11 und Tabelle 2 im Anhang).

Abbildung 11: Unterschiede in Demokratie ist beste Staatsform



Frage im Wortlaut: „Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu? Die Demokratie ist die beste Staatsform, auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag“.

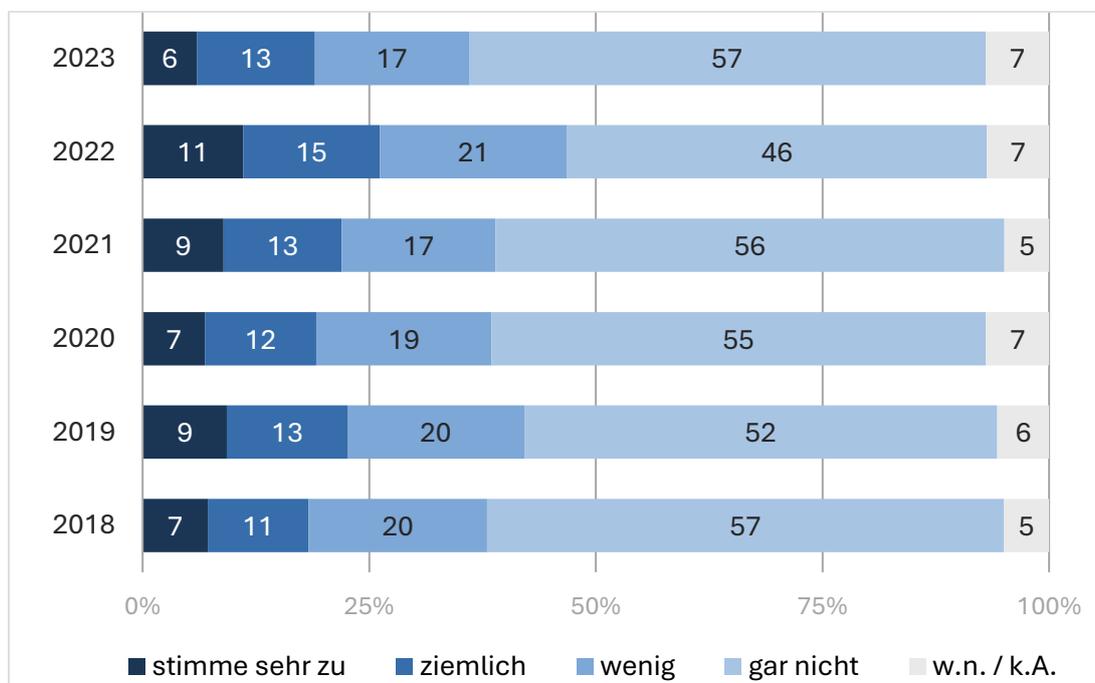
An dieser Stelle fällt der Zusammenhang zwischen vertikaler Ungleichheit, der Zufriedenheit mit dem politischen System und der Haltung zur Demokratie im Allgemeinen auf: Je mehr sozioökonomische Ressourcen die Menschen haben – Einkommen, formale Bildung und daran anschließend auch sozialen Status sowie gesellschaftliche Anerkennung – desto häufiger sind sie damit zufrieden, wie das politische System in Österreich funktioniert. Gerade mit Blick auf die oberen Einkommensgruppen ist ein Grund hierfür, dass sie ihre politischen Anliegen häufiger in den repräsentativen Institutionen der Demokratie vertreten sehen (Kapitel 4).

Tatsächlich belegen inzwischen zahlreiche Forschungsarbeiten, dass die Stimmen der oberen Einkommensgruppen mehr zählen. So stimmen nicht nur die Meinungen von politischen Entscheidungsträger:innen häufiger mit

jenen der oberen Einkommensgruppen überein, auch politische Entscheidungen spiegeln deren Anliegen stärker wider (u.a. Elsässer & Schäfer 2023, Elsässer 2018, Giger et al. 2012, Bartels 2008). Dem Anspruch der Demokratie, dass alle Bürger:innen das gleiche Recht haben, an der Gestaltung der sie betreffenden Lebensverhältnisse mitzuwirken (Lessenich 2019), steht dies diametral entgegen. Dass daran anschließend ressourcenstarke Gruppen häufiger von der Demokratie überzeugt sind (Abbildung 11), während sich bei den anderen der Eindruck verfestigt es sei vergebens, an politischen Entscheidungsprozessen mitzuwirken (Kapitel 4), ist also auch eine Folge der aufgezeigten Repräsentationslücke (u.a. Schäfer & Schwander 2019, Przeworski 2018).

Eine andere häufig diskutierte Hypothese – dass illiberale oder autoritäre Herrschaftsformen in der Bevölkerung zunehmend Anklang finden – kann im Rahmen des Demokratie Monitors bislang nicht bestätigt werden. Derzeit stimmen zwar 19% der Menschen der Aussage, dass es einen starken Führer geben sollte, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss, sehr oder ziemlich zu. Im ersten Demokratie Monitor 2018 waren es jedoch ebenso viele (Abbildung 12).

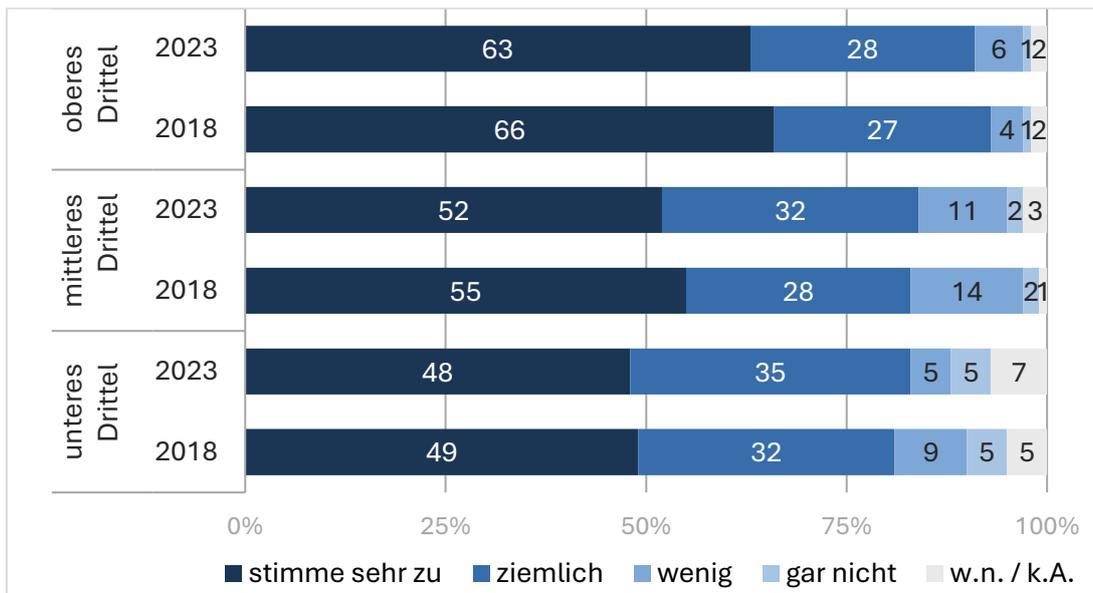
Abbildung 12: Es sollte einen starken Führer geben



Frage im Wortlaut: „Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu? Es sollte einen starken Führer geben, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss“.

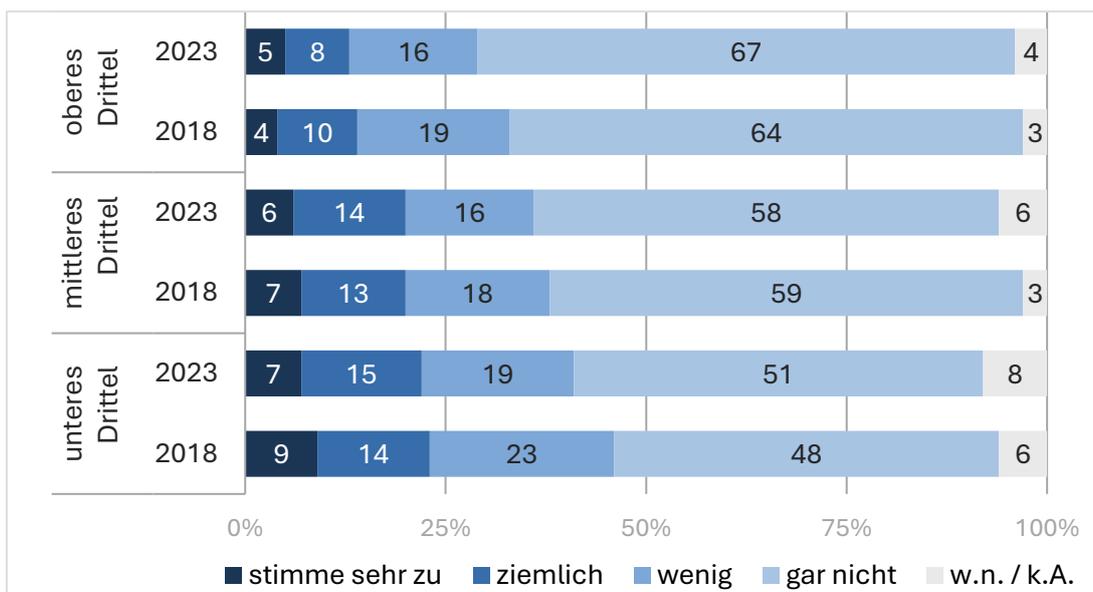
Auch der Blick in unterschiedliche Bevölkerungsgruppen – entlang von Geschlecht, Alter, formaler Bildung, Erwerbsstatus, Einkommen und Stadt/Land – ergibt bislang keinen Hinweis darauf, dass die Demokratie an Zustimmung verliert bzw. eine Diktatur Anhänger:innen gewinnt (am Beispiel der Einkommensgruppen: Abbildung 13 und Abbildung 14).

Abbildung 13: Demokratie ist beste Staatsform 2018 & 2023



Frage im Wortlaut: „Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu? Die Demokratie ist die beste Staatsform, auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag“.

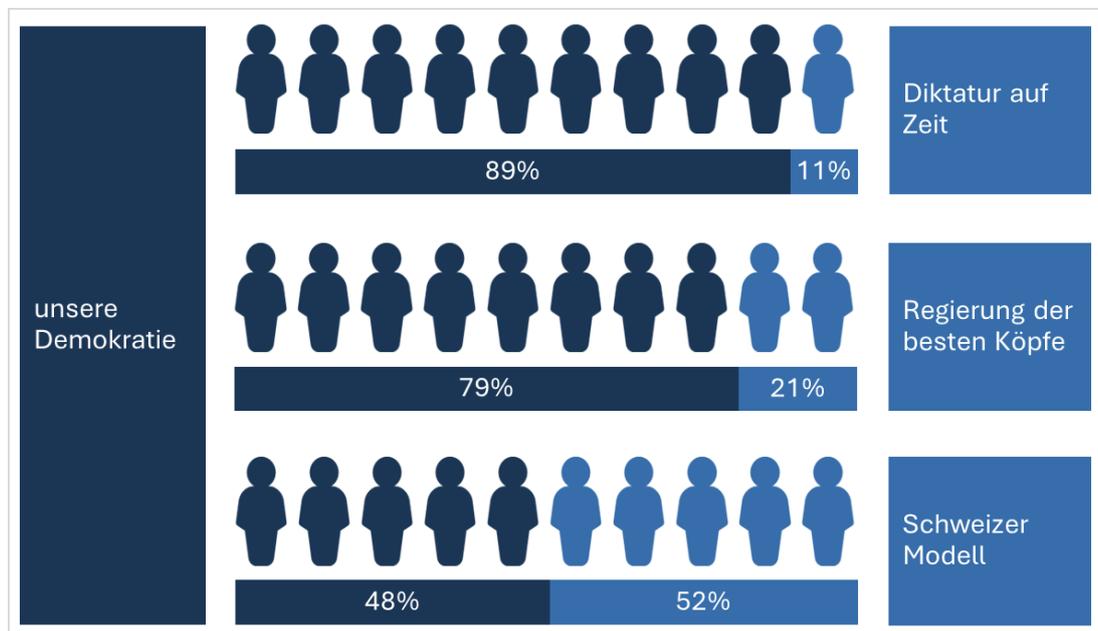
Abbildung 14: Es sollte einen starken Führer geben 2018 & 2023



Frage im Wortlaut: „Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu? Es sollte einen starken Führer geben, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss“.

Dies gilt auch auf einer weniger abstrakten Ebene: Vor die Wahl gestellt zwischen der parlamentarischen Demokratie österreichischen Zuschnitts und einer „Diktatur auf Zeit“, die das Land in den kommenden fünf Jahren aus den Krisen führen soll, sprechen sich 11% für letztere aus. Eine „Regierung der besten Köpfe“, die auch ohne das Parlament Entscheidungen treffen kann, ziehen 21% der parlamentarischen Demokratie vor. Die stärkste Konkurrenz bekommt das bestehende politische System jedoch von anderer Seite – die Menschen sprechen sich nicht für weniger, sondern für mehr Mitbestimmung aus. So fällt die Entscheidung zwischen der parlamentarischen Demokratie und mehr direkter Demokratie nach Schweizer Vorbild dann auch mit 48% zu 52% knapp zugunsten letzterer aus (Abbildung 15).

Abbildung 15: Unsere Demokratie oder ...?



Frage im Wortlaut: „Wenn Sie sich entscheiden müssen: Stimmen Sie für unser politisches System – die parlamentarische Demokratie – oder für eine Diktatur auf Zeit, die uns in den kommenden 5 Jahren aus den Krisen führt / eine Regierung der besten Köpfe, die ohne Parlament entscheiden kann / mehr direkte Demokratie nach dem Vorbild der Schweiz.“

Mehr direkte Demokratie bedeutet jedoch nicht automatisch eine qualitativ bessere Demokratie – vor allem dann nicht, wenn parlamentarische Prozesse ausgehöhlt und durch polarisierende ja/nein-Abstimmungen ersetzt werden. Für die Einschränkung der Rechte des Parlaments spricht sich in Österreich jedoch kaum jemand aus (8%), im Gegenteil: Während 48% der Menschen mit dem Status Quo zufrieden sind, fordern 36% deren Ausbau. Ähnliches gilt für andere Errungenschaften der liberalen Demokratie: Die Meinungs- und Versammlungsfreiheit wollen 46% in ihrer jetzigen Form

beibehalten und 41% möchten sie ausbauen – im Gegensatz dazu sprechen sich 8% für eine Einschränkung aus. Mit Blick auf eine unabhängige Rechtsprechung fordert die Mehrheit (56%) einen Ausbau, 31% sind zufrieden und 4% möchten die Unabhängigkeit der Justiz einschränken. Auch im Zeitverlauf 2018 bis 2023 ist bislang keine Veränderung zu beobachten, die dahingehen auf eine Zunahme illiberaler Haltungen hindeuten würde (Abbildung 16).

Abbildung 16: Ausbau oder Einschränkung



Frage im Wortlaut: „Soll die Regierung in Österreich die ... einschränken, ausbauen oder soll alles so bleiben, wie es ist?“ Rest auf 100%=w.n/k.A.

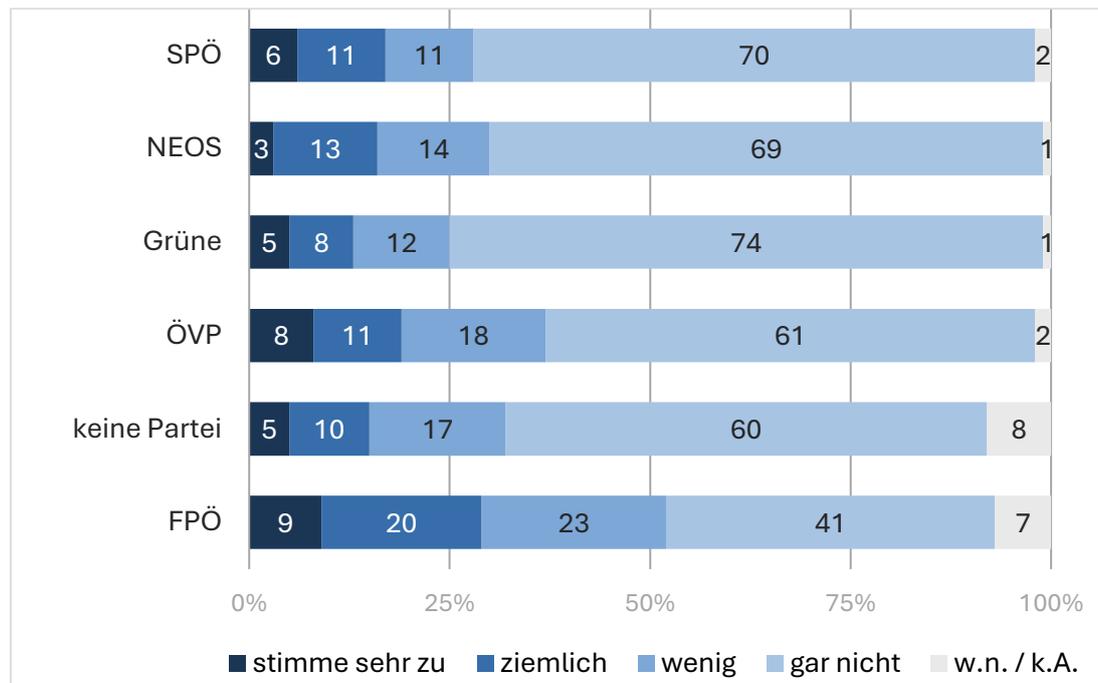
Abschließend deutet der Demokratie Monitor also drei unterschiedliche Verarbeitungsformen der nach wie vor weit verbreiteten Unzufriedenheit mit dem politischen System an:

(1) Die Mehrzahl der Menschen setzt derzeit auf die Demokratie und das ihr innewohnende Veränderungspotenzial. Dies fällt den ressourcenstärkeren Bevölkerungsgruppen leichter, da sie mit Demokratie häufiger positive Erfahrungen verbinden.

(2) Ist demgegenüber Ausschluss – von ökonomischer Sicherheit, gesellschaftlicher Anerkennung oder wirksamer politischer Mitbestimmung – die prägende demokratische Erfahrung, beteiligen sich die Menschen seltener. Die Zweidrittel-Demokratie (Petring & Merkel 2011), in der die unteren Einkommensgruppen zunehmend von Partizipation Abstand nehmen, ist damit auch in Österreich angekommen. Hinzu kommt, dass kontinuierliche Ausschlusserfahrungen die Haltung zur Demokratie selbst untergraben können.

(3) Die Mischung aus Unzufriedenheit und autoritären Haltungen findet schließlich parteipolitischen Widerhall: Menschen, die ihre politischen Anliegen bei der FPÖ vertreten sehen, sprechen sich häufiger für autoritäre oder illiberale Herrschaftsformen bzw. Herrschaftspraktiken aus (Abbildung 17).

Abbildung 17: Es sollte einen starken Führer geben nach Parteinähe



Frage im Wortlaut: „Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu? Es sollte einen starken Führer geben, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss“ und „Welche politische Partei vertritt ihre Anliegen derzeit am besten?“

Dabei fällt derzeit auch bei der Mehrzahl jener insgesamt 19%, die einem starken Führer zustimmen (Abbildung 12), die Entscheidung für die Demokratie aus: Werden die Menschen gebeten, eine Wahl zu treffen, stimmen zwei Drittel von ihnen für die parlamentarische Demokratie, ein Drittel für eine Diktatur auf Zeit.

Ein über sämtliche Fragen des Demokratie Monitors hinweg konsistent antidemokratisches Einstellungsmuster äußern aktuell 8%. Der Anteil an Menschen mit diesem Einstellungsmuster schwankt dabei über die bisherigen sechs Erhebungen hinweg zwischen 6% und 8% und bleibt damit relativ stabil. Innerhalb dieser Gruppe hat in den letzten Jahren jedoch eine Veränderung stattgefunden: Bereits 2021 fiel eine Konsolidierung dahingehend auf, dass die Ambivalenzen in den Einstellungsmustern geringer wurden. Inzwischen sprechen sich die Menschen dieser Gruppe doppelt so häufig wie noch 2018 für einen Abbau demokratischer Rechte und bestehender Checks & Balances aus: Jede:r vierte bis jede:r Dritte von ihnen denkt, dass die

Bundesregierung die Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Beteiligungsmöglichkeiten, die Rechte des Parlaments, die Unabhängigkeit der Justiz und die Unabhängigkeit der Medien einschränken sollte.

6 Zusammenfassung

Seit 2018 untersucht der Demokratie Monitor einmal pro Jahr, was die Menschen in Österreich über das politische System und die Demokratie im Allgemeinen denken. Die aktuelle repräsentative Befragung von 2.081 Menschen ab 16 Jahren fand zwischen dem 30. September und dem 12. Oktober 2023 statt, die Interviews wurden telefonisch und online durchgeführt.

Zufriedenheit mit dem politischen System steigt insgesamt leicht an

Derzeit denken 39% der Menschen, dass das politische System in Österreich gut funktioniert. Das ist ein Anstieg von fünf Prozentpunkten im Vergleich zu 2022, als die Zufriedenheit ihren bislang tiefsten Wert erreicht hatte (34%). Im Jahresvergleich hat sich die Zufriedenheit also etwas verbessert, sie liegt jedoch immer noch deutlich unter dem Ausgangswert von 2018 (64%).

Im mittleren und oberen Einkommensdrittel erholt sich die Zufriedenheit, im unteren Drittel setzt sich ihr Sinkflug fort

Das Ausmaß der Zufriedenheit hängt v.a. mit der ökonomischen Lage der Menschen zusammen, wobei im Zeitverlauf zwei unterschiedliche Entwicklungen zu beobachten sind: Im mittleren und oberen Einkommensdrittel hat sich die Zufriedenheit mit dem politischen System von 2020 auf 2022 halbiert und lag 2022 nur noch bei 34% bzw. 45%. Nun kann eine erste Erholung festgehalten werden: Aktuell denken 41% im mittleren und 52% im oberen Drittel, dass das politische System gut funktioniert.

Im unteren Drittel fällt die Zufriedenheit über alle Erhebungsjahre hinweg deutlich geringer aus und sie schwankt auch weniger entlang aktueller Ereignisse. Ihr höchster Wert wurde 2018 gemessen, damals war die Hälfte (49%) der Menschen davon überzeugt, dass das politische System gut funktioniert, inzwischen ist es nur mehr ein Viertel (24%). Im Gegensatz zum oberen und mittleren Drittel ist die Zufriedenheit im unteren Drittel von 2022 auf 2023 erneut gesunken.

Auch das Repräsentationsdilemma hat sich im mittleren und oberen Drittel entschärft, im unteren Drittel jedoch zugespitzt

Zwischen 2019/2020 und 2022 ist auch das Vertrauen in jene Institutionen gesunken, denen Bürger:innen die Vertretung ihrer politischen Anliegen übergeben – dazu zählen die Parteien, das Parlament oder die Bundesregierung. Aktuell hat sich das Vertrauen auf dem Niveau des Vorjahres eingependelt: Dem Parlament vertrauen 39%, der Bundesregierung 32% – das sind genauso viele wie 2022. Und auch heuer berichtet wieder etwas mehr als jede:r Dritte (36%), keine Partei zu finden die die eigenen politischen Anliegen vertritt

(zum Vergleich: 2018 waren es 13%). Diese Stabilisierung auf Ebene der Gesamtbevölkerung speist sich jedoch aus zwei einander entgegengesetzten Entwicklungen: Während das Vertrauen in die repräsentativen Institutionen unserer Demokratie im mittleren und oberen Drittel angestiegen ist, ist es im unteren Drittel erneut gesunken.

Erfahrung von mangelnder Repräsentation schwächt Systemvertrauen

Je häufiger von mangelnder Repräsentation berichtet wird, desto geringer ist das Systemvertrauen. Erfahrungen von unzureichender politischer Vertretung sind wiederum im unteren Einkommensdrittel am weitesten verbreitet:

Derzeit sind z.B. 61% der Menschen im oberen und 47% im mittleren Drittel davon überzeugt, im Parlament gut vertreten zu sein – vor einem Jahr waren es mit 37% bzw. 28% noch deutlich weniger. Im unteren Drittel dachten demgegenüber bereits 2018 lediglich 26%, dass sie im Parlament gut vertreten sind, letztes Jahr waren es 23% und derzeit sind es nur mehr 16%. Daran anschließend sind im unteren Drittel derzeit auch nur mehr 26% davon überzeugt, mit politischer Beteiligung etwas bewirken zu können.

Haltung zur Demokratie bleibt über die Jahre hinweg stabil

Derzeit denken 86% der Menschen in Österreich, dass die Demokratie die beste Staatsform ist – das sind ebenso viele wie in den fünf Jahren zuvor. Unterschiede zwischen gesellschaftlichen Gruppen fallen in den Einkommensdritteln und entlang der Parteipräferenz am stärksten aus.

Demokratie deutlich attraktiver als ihre Alternativen

Vor die Wahl gestellt zwischen der Demokratie österreichischen Zuschnitts und einer „Diktatur auf Zeit“, die das Land in den kommenden fünf Jahren aus den Krisen führen soll, sprechen sich 11% für letztere aus. Eine „Regierung der besten Köpfe“, die ohne das Parlament Entscheidungen treffen kann, ziehen 21% vor. Stärkere Konkurrenz bekommt unser System von anderer Seite – nicht weniger, sondern mehr Mitbestimmung überzeugt die Menschen und dementsprechend fällt die Entscheidung zwischen Österreichs Demokratie und mehr direkter Demokratie nach Schweizer Vorbild dann auch mit 48% zu 52% knapp zugunsten letzterer aus.

Ein zunehmend radikalierter, antidemokratischer Rand

Auch bei jenen 19%, die derzeit einem „starken Führer, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss“ zustimmen, fällt die Entscheidung im Zweifelsfall mehrheitlich für die Demokratie: Zwei von drei stimmen für die parlamentarische Demokratie, eine:r von drei für eine „Diktatur auf Zeit“.

Der Anteil jener, die die Demokratie durchwegs ablehnen, bleibt mit jeweils 6% bis 8% über die Jahre hinweg stabil. Innerhalb dieser Minderheit hat in den vergangenen Jahren jedoch eine Veränderung stattgefunden: Inzwischen spricht diese Gruppe sich doppelt so häufig wie noch 2018 für die Einschränkung demokratischer Rechte aus: Jede:r vierte bis jede:r Dritte von ihnen denkt derzeit, dass die Bundesregierung die Rechte des Parlaments, die Unabhängigkeit der Gerichte, die Unabhängigkeit der Medien, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie Beteiligungsrechte einschränken sollte.

Literatur

APuZ Aus Politik und Zeitgeschichte (2024): Demokratie in Gefahr? Zeitschrift der Bundeszentrale für politische Bildung 27.

Atzmüller, Roland (2009): Die Entwicklung der Arbeitsmarktpolitik in Österreich. Dimensionen von Workfare in der österreichischen Sozialpolitik. In: Kurswechsel, 4, 24-34.

Backhaus, Klaus / Erichson, Bernd / Plinke, Wulff / Weiber, Rolf (2008): Multivariate Analysemethoden. Berlin: Springer.

Bandilla, Wolfgang (2015): Online – Befragungen (GESIS Survey Guidelines), Mannheim: GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften.

Bartels, Larry (2008) Unequal democracy: The political economy of the new gilded age. Princeton: University Press.

Bartels, Larry / Daxecker, Ursula / Hyde, Susan / Lindberg, Staffan / Nooruddin, Irfan (2023): Global challenges to democracy? Perspectives on democratic backsliding. In: International Studies Review 25(2), viad019.

Bortz, Jürgen / Schuster, Christof (2016): Statistik für Human- und Sozialwissenschaftler. Heidelberg: Springer.

Burzan, Nicole (2011): Soziale Ungleichheit. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Cornesse, Carina / Blom, Annelies, Dutwin, Davie / Krosnick, Krosnik / De Leeuw, Edith / Legleye, Stephane / Pasek, Josh / Pennay, Darren / Phillips, Benjamin / Sakshaug, Joseph / Struminskaya, Bella / Wenz, Alexander (2020): A review of conceptual approaches and empirical evidence on probability and nonprobability sample survey research. In: Journal of Survey Statistics and Methodology 8(1), 4-36.

Della Porta, Donatella (2000): Social capital, beliefs in government, and political corruption. In: Pharr, Susan / Putnam, Robert (eds.): Disaffected democracies: What's troubling the trilateral countries? Princeton: Princeton University Press, 202-230.

Ehs, Tamara / Zandonella, Martina (2021): Demokratie der Reichen? Soziale und politische Ungleichheit in Wien. In: Wirtschaft und Gesellschaft, 47(1), 63-101.

Ejrnæs, Anders / Jensen, Mads / Schraff, Dominik / Vasilopoulou, Sofia (2024): Special issue introduction: The geography of inequality and political discontent in Europe. In: Journal of European Public Policy, 31, 1465-1493.

- Elsässer, Lea (2018) *Wessen Stimme zählt? Soziale und politische Ungleichheit in Deutschland*. Frankfurt: Campus.
- Elsässer, Lea / Hense, Svenja / Schäfer, Armin (2021): *Unequal responsiveness in egalitarian democracies*. In: *Journal of European Public Policy*, 28 (12), 1890-1908.
- Elsässer, Lea / Schäfer, Armin (2017): *Dem Deutschen Volke? Die ungleiche Responsivität des Bundestags*. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 27(3), 161-180.
- Elsässer, Lea / Schäfer, Armin (2023) *Political Inequality in Rich Democracies*. In: *Annual Review of Political Science* 26(1) 469–487.
- Foster, Chase / Frieden, Jeffry (2017): *Crisis of trust: Socio-economic determinants of Europeans' confidence in government*. In: *European Union Politics*, 18(4), 511–535.
- Ganzeboom, Harry (2020): *Why weights do not matter but do harm*. Presentation. Amsterdam: Department of Sociology VUA.
- Giger, Nathalie / Rosset, Jan / Bernauer, Julian (2012) *The poor political representation of the poor in a comparative perspective*. In: *Representation* 48(1) 47–61.
- Kolczynska, Marta (2020): *The economy and governance as determinants of political trust in Europe*. In: *Czech Sociological Review* 56(6), 791-834.
- Lessenich, Stephan (2019) *Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem*. Stuttgart: Reclam.
- Lipps, Jana / Schraff, Dominik (2021): *Regional inequality and institutional trust in Europe*. In: *European Journal of Political Research*, 60(4), 892–913.
- Manow, Philip (2024): *Unter Beobachtung. Die Bestimmung der liberalen Demokratie und ihrer Freunde*. Berlin: Suhrkamp.
- Merkel, Wolfgang / Kneip, Sascha (2021) (Eds.): *Democracy and crisis. Challenges in turbulent times*. Berlin: Springer.
- Mudde, Cas (2021): *Populism in Europe. An illiberal democratic response to undemocratic liberalism*. In: *Government and Opposition*, 56, 577-297.
- Petring, Alexander / Merkel, Wolfgang (2011): *Auf dem Weg zur Zweidrittel-Demokratie*. In: *WZB-Mitteilungen*, 134, S. 30-33.
- Przeworski, Adam (2018) *Why bother with elections*. Cambridge: University Press.

Schäfer, Armin (2015) *Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet.* Frankfurt am Main: Campus.

Schäfer, Armin / Schwander, Hanna (2019) *Don't play if you can't win: Does economic inequality undermine political equality?* In: *European Political Science Review* 11, 395–413.

Schäfer, Armin / Zürn, Michael (2021): *Die demokratische Regression.* Berlin: Suhrkamp.

Schräpler, Jörg-Peter (2000): *Was kann man am Beispiel des SOEP bezüglich Nonresponse lernen?* ZUMA-Nachrichten 46, 117-149.

Torcal, Mariano / Christmann, Pablo (2021): *Responsiveness, performance and corruption. Reasons for the decline of political trust.* In: *Frontiers in Political Science*, 3, 676672.

Nord, Marina / Lundstedt, Martin / Altman, David / Angiolillo, Fabio / Borella, Cecilia / Fernandes Tiago / Gastaldi, Lisa / Good God, Ana / Natsika, Natalia / Lindberg, Staffan (2024): *Democracy Report 2024. Democracy winning and losing at the ballot.* University of Gothenburg: V-Dem Institute.

Van der Meer, Tom / Hakhverdian, Armèn (2017): *Political trust as the evaluation of process and performance. A cross-national study of 42 European democracies.* In: *Political Studies* 65(1), 81–102.

Wacquant, Loic (2009): *Bestrafen der Armen.* Opladen: Budrich.

Zandonella, Martina (2019): *Demokratie Monitor 2019.* Wien: SORA.

Zandonella, Martina (2021): *Demokratie Monitor 2021.* Wien: SORA.

Zandonella, Martina (2022): *Demokratie Monitor 2022.* Wien: SORA.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Lineares Regressionsmodell Zufriedenheit mit politischem System 35

Tabelle 2: Lineares Regressionsmodell Demokratie als beste Staatsform 36

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Datengrundlagen Demokratie Monitor	7
Abbildung 2: Zufriedenheit mit dem politischen System über die Zeit	10
Abbildung 3: Unterschiede in der Zufriedenheit mit dem politischen System	11
Abbildung 4: Unterschiede in der Zufriedenheit mit dem politischen System	12
Abbildung 5: Zufriedenheit über die Zeit in den Einkommensdritteln	13
Abbildung 6: Institutionenvertrauen Teil 1	14
Abbildung 7: Institutionenvertrauen Teil 2	15
Abbildung 8: Vertrauen in das Parlament in den Einkommensdritteln	15
Abbildung 9: Im Parlament gut vertreten	17
Abbildung 10: Demokratie als beste Staatsform	19
Abbildung 11: Unterschiede in Demokratie als beste Staatsform	20
Abbildung 12: Es sollte einen starken Führer geben	21
Abbildung 13: Demokratie als beste Staatsform 2018 & 2023	22
Abbildung 14: Es sollte einen starken Führer geben 2018 & 2023	22
Abbildung 15: Unsere Demokratie oder ...?	23
Abbildung 16: Ausbau oder Einschränkung	24
Abbildung 17: Es sollte einen starken Führer geben nach Parteinähe	25

Anhang

Tabelle 1: Lineares Regressionsmodell Zufriedenheit mit politischem System

	B	Beta	p
(Konstante)	1,958		0,000
Geschlecht (1=Mann)	0,399	0,104	0,001
Alter (aufsteigend)	0,046	0,110	0,109
Stadt/Land (1=Land)	0,048	0,028	0,167
Arbeitslos (1=arbeitslos)	-0,052	-0,014	0,493
Arbeiter:innen (1)	-0,044	-0,019	0,376
Angestellte (1)	0,013	0,007	0,744
öffentliche Dienst (1)	-0,054	-0,014	0,491
Selbstständig (1)	0,091	0,029	0,625
formale Bildung (aufsteigend)	-0,074	-0,120	0,000
Einkommensdrittel (1=oben, 2=mitte, 3=unten)	0,188	0,182	0,000
FPÖ (1)	-0,227	-0,067	0,003
keine Partei (1)	-0,305	-0,126	0,000
SPÖ (1)	-0,027	-0,012	0,621
NEOS (1)	0,015	0,004	0,864

Abhängige Variable: Alles in allem betrachtet: Funktioniert das politische System in Österreich derzeit sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder gar nicht gut? (1=sehr gut, 4=gar nicht gut)

Ein Effekt ist signifikant, wenn $p < 0,05$;

B: gibt die Stärke des Effekts der jeweiligen Variable an; steigt diese Variable um eine Einheit, steigt die abhängige Variable um B; ein negatives Vorzeichen verweist auf einen negativen Zusammenhang.

Beta ist das standardisierte B und ermöglicht einen Vergleich der Effektstärken; $R^2 = 0,31$ (Maß zur Beurteilung der Modellgüte, liegt zwischen 0 und 1).

Tabelle 2: Lineares Regressionsmodell Demokratie als beste Staatsform

	B	Beta	p
(Konstante)	2,309		0,000
Geschlecht (1=Mann)	0,071	0,046	0,117
Alter (aufsteigend)	0,061	0,054	0,069
Stadt/Land (1=Land)	-0,038	-0,024	0,395
Arbeitslos (1=arbeitslos)	-0,087	-0,029	0,500
Arbeiter:innen (1)	-0,18	-0,103	0,292
Angestellte (1)	-0,246	-0,158	0,135
öffentliche Dienst (1)	-0,25	-0,091	0,158
Selbstständig (1)	0,008	0,005	0,869
formale Bildung (aufsteigend)	-0,117	-0,072	0,024
Einkommensdrittel (1=oben, 2=mitte, 3=unten)	0,135	0,147	0,000
FPÖ (1)	0,278	0,152	0,000
keine Partei (1)	0,025	0,014	0,678
SPÖ (1)	0,089	0,057	0,060
NEOS (1)	-0,149	-0,043	0,146

Abhängige Variable: Alles in allem betrachtet: Funktioniert das politische System in Österreich derzeit sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder gar nicht gut? (1=sehr gut, 4=gar nicht gut)

Ein Effekt ist signifikant, wenn $p < 0,05$;

B: gibt die Stärke des Effekts der jeweiligen Variable an; steigt diese Variable um eine Einheit, steigt die abhängige Variable um B; ein negatives Vorzeichen verweist auf einen negativen Zusammenhang.

Beta ist das standardisierte B und ermöglicht einen Vergleich der Effektstärken; $R^2 = 0,29$ (Maß zur Beurteilung der Modellgüte, liegt zwischen 0 und 1).